

Das Maß der Mitte
im politischen Denken,
Entscheiden und Handeln

Was heißt heute konservativ?

Andreas Rödter

„Ich bin ein Konservativer“, bekennt Deutschlands Late-Night-Talker Nummer eins. „Ein Konservativer hat die Bibel, Goethe und ein Sparbuch. Der Liberale, der zieht sich bunte Krawatten an und tanzt auf Gartenfesten, um zu zeigen, dass er irgendwie offen ist“ – so Harald Schmidt. Die Bibel, Goethe und ein Sparbuch – ist das konservativ?

Was ist konservativ? Am Markt der öffentlichen Meinungen tendiert der Kurs von „konservativ“ uneinheitlich. Eine *kon-servative Wertanlage* ist ein anderes Wort für vorsichtig; *wertkonservativ* klingt zumindest zaghaft positiv, *strukturkonservativ* hingegen ist die verbale Höchststrafe. Wenn in den Massenmedien von „den Konservativen in der Union“ die Rede ist, dann heißt das in der Regel so viel wie „unreflektierte Traditionalisten“, national bis nationalistisch, für den Law-and-Order-Staat und für ein bestimmtes, wie es heißt, traditionelles Familien- und Frauenbild. Zuletzt aber erlebt der Begriff konservativ eine Gegenkonjunktur: Udo di Fabio fragte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ganz positiv „Was ist konservativ?“, und vier Nachwuchskräfte der Union fordern offensiv einen „modernen bürgerlichen Konservatismus“ für die CDU ein.

Die Frage ist so alt wie der Konservatismus selbst, und daher beginnen wir mit einem Blick in die Geschichte. Dort ist vieles unklar, allein schon das Alter dessen, was wir „Konservatismus“ nennen. Die einen sagen, Konservatismus sei in der frühen Neuzeit entstanden, als Gegenbewegung zum bürokratischen Staat des

Absolutismus. Die anderen sagen, er sei als Gegenbewegung zum Rationalismus der Aufklärung und zum Radikalismus der Französischen Revolution entstanden. Beides ist auf seine Weise richtig, und beides führt uns weiter: Konservatismus richtete sich nämlich von seinen Anfängen an zum einen gegen die Dominanz des Staates über die Gesellschaft und zum anderen gegen die Dominanz rationalistischer Theorie über pragmatische Erfahrung.

Verbesserung des Bestehenden

Edmund Burke gilt als der programmatische Ahnherr der Konservativen, wobei er nie eine konservative Programmschrift verfasst hat. Seine *Reflections on the Revolution in France* sind aber eine Auseinandersetzung mit dem Geist der Französischen Revolution, die einen ganzen Reigen von Denkweisen entfaltet, die Konservativen zu eigen sind. So etwa, dass es nicht um die Betonierung des Status quo geht, sondern um eine behutsame Verbesserung des Bestehenden, um es grundsätzlich zu bewahren.

„Es könnte keinen größeren Irrtum geben“, so der 14. Earl of Derby in seiner Regierungserklärung vor dem englischen Unterhaus im März 1858, „als anzunehmen, eine konservative Regierung bedeute eine unbewegliche Regierung. [...] In der Politik muss dieselbe Richtung verfolgt werden wie in allen anderen Dingen: beständiger Fortschritt, Verbesserung des Bestehenden, Anpassung an die gewandelten Umstände und die Bedürf-

nisse der Gesellschaft.“ Der englische Konservatismus war parlamentarisch und reformbereit, und zugleich ging es ihm bei aller Reformbereitschaft um „Widerstand gegen den Radikalismus“. Und so betrieb Benjamin Disraeli nach der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine Politik des antiradikalen Radikalkonservatismus, ähnlich wie Otto von Bismarck in Preußen sagte: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“

Die Konservativen in Deutschland optierten in ihrer Mehrheit allerdings anders. Sie fanden nicht den Weg auf den Boden der modernen Industriegesellschaft, an der doch kein Weg vorbeiführte. Antiparlamentarisch, nationalistisch, schließlich gar völkisch halfen sie nach dem Ersten Weltkrieg die Weimarer Republik zu zerstören und Hitler in den Sattel. Zwar waren es die wirklichen Konservativen, die schließlich taten, was wirkliche Konservative von Beginn an hätten tun müssen: Hitler, die Anmaßung des theoretisch-deduktiven Radikalismus schlechthin, zu bekämpfen. Aber der preußisch-deutsche Konservatismus war 1945 nachhaltig diskreditiert.

In der Bundesrepublik erlebte Konservatismus dann eine eigentümliche Renaissance auf zwei Wegen: zum einen in der Christdemokratie, in der christliche, bürgerlich-liberale und bürgerlich-konservative Strömungen zusammenflossen. So verband sich bürgerlich-liberales und konservatives Gedankengut mit dem Gedankengut der christlichen Gesellschaftslehre – Hans Maier etwa oder Paul Kirchhof stehen für diese Richtung. Hinzu kam eine eher philosophische geistige Strömung, der Liberalkonservatismus, für den Hermann Lübke, Odo Marquard oder Robert Spaemann stehen. Sie führten den älteren, antidemokratischen Konservatismus auf den Boden der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung und passten ihn in den Rahmen der modernen Industriegesell-

schaft ein. Auf diese Weise erfuhr die Bundesrepublik unter der Ägide von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard eine weltoffene, liberal-konservative Begründung, die freilich in den letzten Jahrzehnten von einem grundlegenden Wandel erfasst worden ist: zum einen von der Globalisierung mit ihrem massiven ökonomischen Anpassungsdruck und zum anderen, gesellschaftlich-kulturell, von einer grundlegenden Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen, von der Auflösung allgemein akzeptierter Verbindlichkeiten und der „Zerschlagung der Gewissheit“ (Zygmunt Bauman).

Wandelbar und beständig

Und der Konservatismus? Konservatismus war immer – es kann gar nicht anders sein – gebunden an seine Gegenwart, immer ein Kind seiner Zeit. Immer hat er sein Verhältnis zur Realität, zum Fortschritt und zur Moderne neu bestimmen und verändern müssen, um den Wandel nicht nur zu erleiden, sondern auch zu gestalten, um nicht nur von gestern, sondern auch von heute und morgen zu sein. Konservatismus ist also unvermeidlich im Wandel, und daher hat er auch keine fixen, konstanten Inhalte – dafür haben „zu viele Geister [...] aus zu vielen Gründen versucht, zu viele Dinge zu bewahren“ (John Pocock).

Keine unwandelbaren Inhalte also machen Konservatismus aus, und dennoch hat er durchgehende Grundlagen. Als eine Denkform beruht Konservatismus auf bestimmten inhaltlichen Grundannahmen: erstens auf dem Menschenbild, zweitens auf der Art zu denken und drittens auf der Verbindung von Zivilgesellschaft und Subsidiarität, von bürgerlicher Freiheit und sozialer Verantwortung. Das mag zunächst theoretisch klingen, aber wir werden sehen: Der Weg zur Praxis ist kurz, und so ist Konservatismus kein lebensferner Sternenhimmel, sondern ein

Kompass für ganz konkretes politisches Denken, Entscheiden und Handeln.

Menschenbilder im Vergleich

Aller Politik liegt das Bild vom Menschen zugrunde. Konservatismus und christliche Gesellschaftslehre konnten sich auch deshalb gut verbinden, weil es keine grundlegenden Unterschiede zwischen einem konservativen und dem christlichen Menschenbild gibt, im Gegenteil das konservative Menschenbild christlich geprägt ist. Von den verschiedenen Aspekten dieses Menschenbildes will ich, nun weniger mit Blick auf die Geschichte des Konservatismus als im Hinblick auf unsere Gegenwart, zwei herausgreifen. *Erstens* das Verständnis des Menschen als Person und ihrer Begründung außerhalb des Menschen selbst, seiner Leistungen und seines Nutzens. Daraus resultiert die allem zugrunde liegende Kategorie der Menschenwürde. Das unterschreiben in Deutschland heute Vertreter aller politischen Richtungen. Aber was heißt Menschenwürde? Was heißt Unverfügbarkeit über menschliches Leben – angesichts von Abtreibung, von Diskussionen um Sterbehilfe und nicht mehr finanzierbare Sozialsysteme, angesichts wieder neuer Diskussionen um embryonale Stammzellforschung? Da hört der Konsens bald auf, und hier wird konsequenter Lebensschutz, hier wird konsequenter Konservatismus sehr schnell sehr ungemütlich. In diesen Grundfragen des Lebens ist Konservatismus, der ansonsten so pragmatisch ist, ganz radikal.

Das christlich-konservative Menschenbild hat – *zweitens* – einen weiteren Aspekt, auf den ich etwas ausführlicher eingehen möchte. Der Mensch, von dem wir gerade sprechen, ist zugleich unvollkommen. „Dünn ist die Kruste der Zivilisation über der brodelnden Lava menschlicher Leidenschaften“, so schrieb der nachmalige 3. Marquess of Salisbury im Jahr 1857. Nicht dass der Mensch von Grund auf

schlecht ist, so möchte man etwas modifizieren, aber das christlich-konservative Menschenbild ist doch das der unaufhebbar gemischten Menschennatur.

Das heißt: Der Mensch ist nicht perfektionierbar – und das heißt ganz konkret: Konservatives Denken richtet sich gegen alle Entwürfe eines „neuen Menschen“ (und eines vervollkommenen Endzustandes). Dies richtete sich im zwanzigsten Jahrhundert vor allem gegen die Rassenlehre des Nationalsozialismus und die Klassenlehre des Kommunismus beziehungsweise Sozialismus. Diese Stoßrichtung ist in der heutigen politischen Debatte weniger relevant als in der bioethischen Debatte. Denn es ist die Gentechnik, die uns den „neuen Menschen“ durch Eingriffe in das Erbgut verspricht. Auch hier ist die konservative Position ebenso klar wie konkret unbequem: Der Mensch kann sich nicht anmaßen, zum Schöpfer zu werden – er darf es moralisch nicht, und er kann es auch praktisch nicht.

Denn das ist eine weitere Konsequenz aus der unaufhebbar unvollkommenen Menschennatur: Der Mensch ist auch nur unvollkommen in der Lage, die Welt zu erfassen und zu gestalten. Konkret: Wir sehen das Ende nicht ab und kennen die Zukunft nicht. Der oder die Konservative weiß: Was heute richtig erscheint, kann sich morgen in das Gegenteil verkehrt haben. Das klingt abstrakt – und hat eminent praktische politische Auswirkungen: Der oder die Konservative wird die Welt nicht nach einem bestimmten Modell umgestalten wollen – es könnte sich ja morgen als falsch herausstellen. Das gilt – um allesamt historisch-reale Beispiele zu nennen – für den Flächenabriss von Altstädten zugunsten der sogenannten „autogerechten Stadt“ ebenso wie für die Einführung der Gesamtschule als Regelschule. Hinterher war man froh um die stehen gebliebenen Altstädte und über die Gymnasien.

Konservativ zu denken heißt, behutsam mit dem Bestehenden umzugehen, es pragmatisch zu verbessern, statt zu Radikallösungen und Kahlschlag zu greifen – heißt ganz allgemein, eine Politik „auf Sicht“ zu betreiben und sich von einer Kardinaltugend leiten zu lassen: der Besonnenheit oder, wie Erwin Teufel sein kluges Buch betitelt hat, von *Maß und Mitte*.

Unterschiede im Denken

Konservatives Denken ist tief in einem grundsätzlichen abendländischen Streit verwurzelt: dem Universalienstreit um das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, der bis in die Antike zurückreicht und grundsätzlich unterschiedliche Arten zu denken bis heute prägt – es ist die Tradition der platonischen Ideenlehre gegenüber dem aristotelisch-thomistischen Realismus (auch dies weit weniger abstrakt, als es zunächst klingt).

In ihrem Kern besagt die platonische Ideenlehre, dass das Allgemeine *vor* dem Besonderen existiert, dass die Ideen Vorrang vor der Wirklichkeit haben. Dieses Denken denkt vom Allgemeinen zum Besonderen, von der Idee, von der Theorie, vom Modell her. Es ist nicht konservativ.

Konservatives Denken steht in der Tradition des Aristoteles und des Thomas von Aquin: Das Allgemeine existiert demzufolge nicht vor dem, sondern nur *im* Besonderen. Dieses Denken denkt vom Besonderen zum Allgemeinen, von der Erfahrung aus statt von der Theorie oder vom Modell her. Es denkt induktiv statt deduktiv, es folgt lieber dem Instinkt als einer strikt rationalen Logik.

„Gefühl und Erfahrung lehren uns“, so sagte Austen Chamberlain 1924 vor dem englischen Unterhaus, „daß die menschliche Natur nicht logisch ist und daß durch den weisen Verzicht darauf, Dinge bis an ihr logisches Ende zu treiben, der Weg der friedlichen Entwicklung zu finden ist.“ Solches Denken ist – jenseits der unver-

äußerlichen Grundlagen – pragmatisch und nicht radikal. Und dem entspricht auch das Politikverständnis eines solchen Konservatismus: Aufgabe der Politik ist es demzufolge, die Bedingungen für gelingendes Leben zu schaffen. Wie dies dann konkret ausgestaltet wird, ist die individuelle Angelegenheit der Einzelnen. Das mag banal klingen, ist aber etwas grundsätzlich anderes, als einem theoretisch-deduktiven Modell zu folgen und die Verhältnisse nach einem vorgegebenen Modell umzugestalten. Wie zentral dies ist, wissen die Betroffenen der DDR – aber wir werden sehen, dass dieser grundlegende Unterschied des Denkens auch in unserer gegenwärtigen Politik von erheblicher Bedeutung ist.

Das Leitbild eines solchen Konservatismus ist also nicht konsequente rationale Theorie, sondern erfahrungsgestützter *common sense*. Das ist ein weiterer Zentralbegriff konservativen Denkens, und er greift abermals auf Aristoteles zurück: auf das Konzept der Mitte – Horaz sprach von der „goldenen Mitte“ – zwischen den Extremen, die sich auch in der Kardinaltugend der Besonnenheit niederschlägt.

„Common sense“ hat dabei im angelsächsischen Sprachgebrauch eine weitere und umfassendere Bedeutung als in der deutschen Übersetzung des „gesunden Menschenverstandes“. „Common sense“ ist nicht nur das praktische *savoir faire*, sondern hat eine sozial-moralische Dimension, es enthält die – meist unausgesprochene – allgemein verbindliche Vorstellung von „falsch“ und „richtig“. In diesem Sinne ist das *queuing* in England *common sense*, dass man, wenn zu warten ist, eine Schlange bildet und sich hinten anstellt und nicht schießt, wie man möglichst an Kasse Nummer zwei schneller vorankommt als an Kasse Nummer vier. Dieser *common sense* geht über die praktischen Aspekte der Kassenabwicklung weit hinaus: Vordrängeln ist etwas, was

man nicht tut, und darin steckt eine Grundvorstellung von Individuum und Gemeinschaft.

Wer aber bestimmt darüber, was *common sense* ist?, so mag man fragen, wer gibt „Maß und Mitte“ das Maß? Es gibt für das, was *common sense* ist, keine theoretische Letztbegründung, sondern nur eine praktische und erfahrungsbewährte Übereinkunft, die sich freilich immer wieder selbst prüfen muss, um nicht zur Willkür gegen andere zu werden.

Common sense in diesem allgemeinen Sinne ist auch der Kern dessen, was man „Leitkultur“ nennen kann – eine pragmatische Übereinkunft über die Spielregeln und Grundlagen des Zusammenlebens, in diesem Sinne auch von Nation oder Heimat, nicht als eine Ideologie, die andere ausschließt, sondern als eine Grundhaltung, die von der Mitte der Gesellschaft her denkt. Ihr steht hingegen eine Auffassung entgegen, die nicht von der Mitte, sondern von den Rändern her argumentiert: Es ist dies die radikalkonstruktivistische Ideologie einer Toleranz, die allerorten Diskriminierung wäht und ihrerseits zunehmend intolerante, ja repressive Züge gewinnt. In England kann eine katholische Wohlfahrtsorganisation, die Adoptionen vermittelt, ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben, weil sie sich weigert, Kinder auch an homosexuelle Paare zu vermitteln, und weil sie damit gegen das neue Gesetz über sexuelle Orientierungen verstößt. Diese Toleranz geht weit über die Duldung des anderen hinaus, wie es ein konservativer *common sense* von einer gesicherten Mitte aus üben kann. Diese neue Toleranz, wie sie auch im Allgemei-

nen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) anklingt, kennt nur noch sich selbst: Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen erklärte kürzlich, dass Bischof Mixa wegen seines Frauenbildes am Rande der Verfassung stehe (und meinte: außerhalb), während sie die Frage nach dem Problem zwangsverheirateter, nach Deutschland verbrachter Musliminnen als westlich-deutsche Intoleranz und Stimmungsmache kritisierte. Die neue Toleranz bestimmt selbst die Standards dessen, was toleriert werden muss, und diskriminiert in einem alles, was ihr nicht entspricht.

Es liegt auf der Hand, und die Debatten um die „Leitkultur“ zeigen es, dass es eine gesellschaftliche Übereinkunft, dass es einen gesamtgesellschaftlichen *common sense* nicht gibt. Die Debatten um den Moscheebau in Köln zeigen es: Entweder wurden sie von einer zuweilen militanten, uneingeschränkten Toleranz bestimmt, oder aber, wenn es um Positionen gegen den geplanten Bau ging, von einer eigentümlich kraftlosen Argumentation, die sich an Nebensächlichkeiten aufhängte, kaum aber eine Diskussion über Grundfragen der Gesellschaft und ihres Selbstverständnisses führte – am Schluss ging es um das Baurecht.

Es geht nun dabei gar nicht um diese konkrete Diskussion, sondern um eine andere Beobachtung: In der Gesellschaft und auch innerhalb ihrer Großgruppen ist ein allgemein verbindliches Gefühl abhandengekommen für das, was falsch, und das, was richtig ist.

Der zweite Teil dieses Beitrages erscheint in der September-Ausgabe der Politischen Meinung.

Ein Wertekompass für politisches Handeln

„[...] Zunächst einmal muss eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik den Rahmen schaffen, der ein würdevolles Leben in Freiheit ermöglicht, ohne diese Freiheit absolut zu setzen. Denn die individuelle Freiheit des einen hat ihre Grenzen in der Freiheit und Würde des anderen. Wegen der Fehlbarkeit des Menschen wäre es naiv anzunehmen, diese Grenzziehung ergäbe sich automatisch durch die Selbstbeschränkung des Einzelnen. Sie verlangt vielmehr einen übergeordneten staatlichen Ordnungsrahmen, der die Gemeinschaft mit anderen durch die Einhegung der individuellen Freiheit erst möglich macht. Im modernen Staat ist Freiheit daher immer als in Ordnung gesicherte Freiheit zu verstehen. [...]

Die Notwendigkeit von sozialen Unterstützungsleistungen als Akt der Solidarität wird eine am christlichen Menschenbild ausgerichtete Politik nicht in Frage stellen. Sie nimmt aber deren Dauerhaftigkeit nicht hin, weil sie keine Aktivierung des Menschen, sondern das Gegenteil bewirkt. Und sie wird die Leistung dieser Transfers streng an die Bedürftigkeit koppeln. Das verlangt die Solidarität auch dem notleidenden Empfänger ab, der die Hilfe als Ansporn begreifen muss, ihrer möglichst bald nicht mehr zu bedürfen. Eine entscheidende Rolle bei der Befähigung zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hat die Bildung. Sie befähigt zur Ausübung einer anspruchsvollen Beschäftigung und eröffnet die Chance zum individuellen Aufstieg. Deshalb finden wir uns nicht damit ab, dass die Bildungschancen in hohem Maße vom sozialen Umfeld bestimmt werden. Wir müssen alles daransetzen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen. Das wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir schon im Vorschulalter die Defizite erkennen und durch individuelle Förderung reduzieren oder beseitigen und wenn wir aufhören, Bildung auf das erste Lebensdrittel zu beschränken. Berufliche Weiterbildung als beste Investition in zukünftige Beschäftigungsfähigkeit muss jeden erreichen. Im Unterschied zu den Parteien des linken Spektrums erliegen wir jedoch nicht der Illusion, mittels Bildungspolitik die Unterschiede zwischen den Individuen einebnen zu können. Eine solche Politik widerspräche auch dem christlichen Menschenbild, das zur Förderung der individuellen Vielfalt mahnt. [...]

Vor diesem Hintergrund ist der Schutz der Familie vornehmste Pflicht christlich-demokratischer Familienpolitik. Das schließt auch die Abwehr politischer Eingriffe ein. Der häufig erhobene Vorwurf, der derzeit betriebene Ausbau der Kindertagesstätten sei eine Kopie sozialdemokratischer Ideen, verkennt die grundsätzlich andere Ausrichtung demokratieschwacher Programmatik: Uns geht es nicht um die Festschreibung eines bestimmten Lebensmodells – in diesem Fall der Doppelverdiener-Ehe –, sondern um die Erweiterung der Möglichkeiten für Väter und Mütter unter strikter Wahrung der staatlichen Neutralität gegenüber ihrer individuellen Entscheidung. Wir wollen echte Wahlfreiheit; dazu gehört, dass die Betreuung der Kinder zu Hause im gleichen Maße unsere Unterstützung findet wie die in Kindertagesstätten und dies auch in der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung zum Ausdruck kommt. [...]

Unser Ansatz ist von tiefer Skepsis gegenüber dem Machbarkeitswahn einer Politik geprägt, die Rationalität als Götzen verehrt. Nicht alles, was machbar ist, darf auch möglich sein. Das gilt auch für unser Verhältnis zur Schöpfung. Wenn sich unsere umweltpolitischen Überlegungen an der Bewahrung der Schöpfung orientieren und sich dadurch legitimieren, leiten wir damit keine kalkulierte Hinwendung zu einer politischen Mode ein, sondern führen Umweltpolitik auf ihren christlich-demokratischen Kern zurück. Anders als die Parteien der Linken lehnen wir auch beim Umweltschutz den Weg der Gängelung und Bevormundung ab. Der auf Freiheit und Eigenverantwortung setzenden Idee des christlichen Menschenbildes entspricht es vielmehr, durch Aufklärung und Anreize zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen. Das christliche Menschenbild ist der Kompass, an dem sich unsere Entscheidungen ausrichten. Es muss aber für jede Frage nach einer passenden Antwort gesucht werden. [...]

Volker Kauder am 9. Juli 2008 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.